



Direkt in den Landtag

Seit 20 Jahren lebe ich nun ununterbrochen in Schwerin. Dabei begann meine Beziehung zu Schwerin schon viel früher. Als Kleinkind spielte ich in der Müllerstraße. Den dortigen Milchladen und die Apotheke am Wittenburger Berg habe ich in guter Erinnerung.



Helmut Holter

Meine Sportkarriere verhinderte ich in der Turnhalle am Bahnübergang in der Lübecker Straße. Meine Aufnahmeprüfung für das Institut zur Vorbereitung auf ein Auslandsstudium bestand ich im alten Fridericianum in der August-Bebel-Straße. Hier war sicherlich der Beginn einer langen Reise, um Ende 1991 wieder nach Schwerin zu kommen.

Kurzum: Ich war schon ein Schweriner, bevor ich eine Wohnung in dieser Stadt hatte.

Meine Liebe und tiefe emotionale Beziehung zu Schwerin ist auch ein Motiv für mein politisches Engagement. Das Programm „Soziale Stadt“ war und ist mir wichtig. Denn nicht nur in Beton, sondern auch in die zwischenmenschlichen Beziehungen muss investiert werden.

Wie hat sich unsere Stadt verändert!!! Und wir waren dabei. Die Landespolitik zwingt die Kommunen finanziell in die Knie, so dass nicht nur freiwillige, sondern sogar auch schon

pflichtige Aufgaben in Frage stehen. Das Theater wird weiter arbeiten, kämpft aber eigentlich ums Überleben, weil die Zuschüsse nicht ausreichen. Aber mir geht es nicht um das Theater an sich; ich will auch Qualität am Theater sichern. Die Politik unserer Oberbürgermeisterin braucht eine starke Unterstützung aus dem Landtag und der Landesregierung. Mir geht es um mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Chancengleichheit in Schule und Bildung, um mehr Arbeitsplätze in der Wirtschaft und im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, mehr Umweltschutz, stärkere Kommunen und mehr demokratische Mitwirkung. Dafür braucht MV einen Politikwechsel. Und dieser ist nur mit einer starken Linken zu haben.

Mein Name ist Martina Simon. Ich bin im Saarland aufgewachsen, habe Bauzeichnerin gelernt und lebe seit fünf Jahren mit meinem Mann in Schwerin. Seit dem Kommunalwahlkampf 2009 mache ich bei der Partei Die LINKE mit. Ich bin im



Martina Simon

Ortsbeirat Gartenstadt/Ostorf und im Ausschuss für Bauen und Wohnen und Stadtentwicklung in Schwerin. Meine berufliche Ausbildung ist für mich eine gute Voraussetzung für eine kompetente Arbeit.

Aus ganz persönlichen Gründen engagiere ich mich politisch. Ich komme aus einer Arbeiterfamilie und habe das nie vergessen. Nur mit der Hilfe Außenstehender war es mir möglich, Zugang zu höherer Bildung zu haben, obwohl ich in einem sehr geordneten Umfeld aufwuchs. Ich weiß, wie wichtig gute Bildung ist. Das ist ein sehr wichtiger Grund, warum ich ge-

rade den Weg zu den LINKEN gefunden habe.

Hier ist meine politische Heimat, denn keine andere Partei setzt sich so konsequent für die Belange der Menschen als Ganzes ein. Zugang zu

Bildung und zu Gesundheitsleistungen und ein Auskommen mit dem Einkommen zu haben, sind dabei die wichtigsten Bausteine. Davon hängt die weitere wirtschaftliche und auch persönliche Entwicklung jedes einzelnen ab.

Mit meiner Kandidatur für den Landtag möchte ich die Möglichkeit verbinden, mehr Menschen für linke Politik zu gewinnen. Damit können wir unsere Position im politischen Gefüge festigen und damit unseren Einfluss auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung stärken.

**Sprechstunde Helmut Holter 8. Februar
16:00 Uhr Bertha-Klingberg-Haus**

Wort zum Monat

Von *Stefan Schmidt*,
Vorsitzender des
Kreisvorstandes
Schwerin der
Partei DIE LINKE



Liebe Genossinnen und Genossen, ein neues Jahr hat vor wenigen Tagen begonnen und ich möchte die Gelegenheit nutzen, uns allen ein erfolgreiches vor allem aber gesundes Jahr 2011 zu wünschen. Und das Jahr hat kaum begonnen, da ist schon deutlich zu merken, wir befinden uns mitten in einem Wahljahr. Unsere Bundesvorsitzende nimmt in einem Aufsatz Bezug auf den Begriff Kommunismus, ohne ihn sofort als ausschließlich verbrecherisch darzustellen und schon kriechen aus allen Löchern Politiker und solche, die es sein wollen, die daraus sofort erkennen können, dass sich die LINKE nicht auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt. Ausgerechnet in der Jungen Freiheit, einer rechts-konservativen Wochenzeitschrift, fordert der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stephan Mayer, dass die LINKE bundesweit vom Verfassungsschutz beobachtet werden soll. Doch wovon hat Gesine Löttsch eigentlich gesprochen? Ich zitiere an dieser Stelle nur den letzten Satz ihres Aufsatzes: „Es sind viele Bausteine, mit denen wir darum kämpfen, in der heutigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft über sie hinaus zu wirken, die Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft zu überwinden, die Ansätze einer neuen Gesellschaft »hineinzupressen« in die alte, bis sich beweist, dass dem demokratischen Sozialismus die Zukunft gehört.“ Dieser eigentliche Kern der Ausführungen unserer Vorsitzenden ist genau das Selbstverständnis unserer Partei.

Wir sollten diese Auseinandersetzung

mit den bürgerlichen Parteien offensiv führen. Nicht im Gezänk und mit gegenseitigen Vorwürfen innerhalb der Partei, sondern selbstbewusst in dem Wissen unserer Ziele, auch wenn der Weg noch nicht bekannt ist, mit den Menschen in unserem Land.

Der Weg zu dieser Gesellschaft sind vielfältig, und niemand kann heute sagen, wie oft wir noch die Richtung ändern werden, müssen um zu dieser Gesellschaft zu kommen. Aber wir gehen diesen Weg schon heute alltäglich. Wenn unsere Partei bzw. ihre Bundestagfraktion sich die Mitsprache im Hartz IV-Vermittlungsgremium erkämpft, indem sie mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht droht oder auch, wenn wir gegen die schleichende Einrichtung eines Endlagers in Lubmin und gegen die Castortransporte dort hin protestieren.

Das alles wird uns auch in den bevorstehenden Landtagwahlkampf begleiten. Der Kreisparteitag hat am 15. Januar Martina Simon und Helmut Holter als Direktkandidaten für die Wahlkreise in unserer Stadt gewählt. Mit diesen beiden Kandidaten sehen wir gute Chancen auf einen großen Erfolg. Helmut Holter als Ministerpräsidentenkandidat, der natürlich auch mit Blick auf das Land, eine besondere Stellung in diesem Wahlkampf haben wird und Martina Simon, die nicht Mitglied unserer Partei ist, aber trotzdem mit uns für linke Ideale streiten will – mit einer Biographie, die unter den Kandidaten in unserem Land sehr selten ist – sie kommt aus den westlichen Bundesländern und hat ein Selbstverständnis von Politik, das uns, glaube ich, gut zu Gesicht steht.

Aber um mit diesen beiden Kandidaten und natürlich auch mit unserer Landesliste erfolgreich aus der Wahl hervorzugehen, liegt noch viel Arbeit vor uns. Nicht nur organisatorisch, sondern auch finanziell stehen noch viele Aufgaben vor uns. Vor allem im alltäglichen Gespräch mit den Menschen hat der Wahlkampf längst begonnen. Hier müssen wir überzeugen, wenn wir Anfang September unser Ziel erreichen wollen, in Schwerin bei der Landtagswahl wieder stärkste Partei in der Landeshauptstadt zu werden – so wie es uns bei den Wahlen

2008/2009 gelungen war. Ob es die Veranstaltung am 1. Mai ist oder das Kinderfest, das wir für den 4. Juni geplant haben, mit diesen Veranstaltungen werden wir nur erfolgreich sein, wenn ihr uns mit allen Euren Möglichkeiten unterstützt. Wer uns selbst nicht durch seine aktive Mitarbeit helfen kann, sollte uns im Rahmen seiner Möglichkeiten finanziell bei der Gestaltung des Wahlkampfes unterstützen. Für den Wahlkampf wollen und müssen wir vor allem auf unkonventionelle Ideen setzen, die dem Menschen ins Auge fallen. Mit einem Übermaß an Material würden wir zum einen die Menschen überfordern, zum anderen werden wir die finanziellen Möglichkeiten dafür nicht haben. Es wird aber zum Beispiel Magnettafeln geben, die an jedem Auto ohne Schwierigkeiten angebracht werden können und damit für unsere Kandidaten und Ziele werben. Allerdings brauchen wir Genossinnen und Genossen oder auch Sympathisanten, die mit diesen Tafeln an ihrem Auto durch die Stadt fahren. Wer einen solchen Beitrag für unseren Wahlkampf leisten möchte oder auch weitere Ideen für die Gestaltung unseres Wahlkampfes hat, kann sich ab sofort in der Geschäftsstelle in der Martinstraße melden. Für die Durchführung des Wahlkampfes sind wir als Kreisverband ausschließlich auf Eure bzw. unsere Spenden angewiesen. Dabei sollte uns allen deutlich klar sein, dass die Bereitschaft zum Spenden auch ein Ausdruck der Verbundenheit mit unserer Partei ist. Alles, was wir nicht aus Spenden oder persönlichem Engagement in diesem Wahlkampf realisieren können, wird uns nicht zum Erfolg verhelfen können. Dabei müssen wir natürlich gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien das Ziel im Auge behalten, die NPD aus dem neuen Landtag fern zu halten. Nazis und ihrer menschenverachtenden Positionen haben im Parlament unseres Landes nichts zu suchen. Dafür müssen alle an einer demokratischen, solidarischen Gesellschaft interessierten Menschen in unserer Landeshauptstadt gemeinsam streiten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen noch einmal ein erfolgreiches Jahr 2011.

Kann es einen grünen Kapitalismus geben?

Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Wolfgang Methling
Donnerstag, 24. Febr. 2011, 19 Uhr im Schleswig-Holstein-Haus

Nachhaltiges, Ressourcen sparendes, umweltfreundliches Wirtschaften und Leben, regionale Wirtschaftskreisläufe sowie eine Verkehrs- und Energiewende sind notwendig. Sind sie aber auch möglich und bieten sie für das strukturschwache Mecklenburg-Vorpommern gangbare Wege in die Zukunft?

Prof. Wolfgang Methling, von Beruf Veterinärmediziner, war u.a. von 1992 – 1998 Professor an der Universität Rostock und von 1998 – 2006 Umweltminister des Landes. Seit 2006 ist Prof. Wolfgang Methling Mitglied des Landtags.

Prof. Wolfgang Methling ist Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE und Kreisvorsitzender seiner Partei in Rostock.



Zur Arbeit der Stadtfraktion

Zur Arbeit der Stadtfraktion sprach deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Henning Foerster. Dabei ging er auf die vier maßgeblichen kommunalpolitischen Themen der letzten Monate und verschiedene parlamentarische Initiativen der Linksfraktion im Stadtparlament ein.

Henning Foerster verwies darauf, dass die Diskussion über die Schwimmhallen trotz einer regelrechten Kampagne gegen Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow schlussendlich mit dem Ergebnis endete, für das die Linksfraktion seit dem Sommer 2010 eingetreten war. Vor allem die Gefahr, so dringend benötigte, nur für den Standort Dreescher Markt zur Verfügung stehende Städtebaufördermittel nicht mehr abrufen zu können, bewog die Mehrzahl der Stadtvertreter zum Umdenken. Natürlich ist nicht jeder Schweriner froh über die Entscheidung. Insbesondere die Bewohner Lankows fordern über ihren Ortsbeirat eine Kompensation. Sie wollen aufgrund der Schließung ihrer Schwimmhalle die dortige Badestelle aufwerten, ein Anliegen, das die Linksfraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen aufgenommen hat. Ein weiteres großes Thema war die Einrichtung einer Schweriner Bürgerstiftung. Die Idee dazu kam von Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow selbst. In Zeiten leerer Kassen sah sie genauso wie die Linksfraktion im Stadtparlament eine Chance für die Unterstützung von Vereinen und Verbänden aus Stiftungsmitteln. Die Stiftungsidee war in allen Schweriner Fraktionen populär, gestritten wurde jedoch um das dafür zu investierende Stiftungskapital. Die von der Linksfraktion favorisierte Ausstattung, konkret

mit einer Million Euro, setzte sich am Ende durch, nicht unwichtig, denn anders als beim Haushalt kann die Landeshauptstadt hier über ein Kuratorium selbst entscheiden, welche Projekte sie fördern möchte. Henning Foerster verwies auf die bundesweit ca. 300 Bürgerstiftungen, die erfolgreich der Finanzkrise getrotzt haben. 35 Millionen Menschen leben im Einzugsgebiet von Bürgerstiftungen, deren Gesamtvermögen aktuell auf 152 Millionen Euro geschätzt wird. Ein einzigartiges Erfolgsmodell, auch wenn die Zahl der Neugründungen im Moment zurückgeht. Und Schwerin setzt ein Zeichen gegen den allgemeinen Trend, indem es seine Stiftung mit deutlich mehr Grundkapital ausstattet, als die durchschnittlichen 126.000 EUR. Damit ist es also gelungen, den BUGA-Erfolg auch nachhaltig zum Wohle der Schweriner Bürgerinnen und Bürger zu verstetigen.

Ein weiteres Thema war die seit 13 Jahren laufende Diskussion zur Zukunft der Waisenhausgärten. Mit ihrer Zustimmung zum Masterplan hat die Stadtvertretung den Weg für einen Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan frei gemacht. Vorausgegangen waren intensive Debatten in den Fachausschüssen sowie in der Projektgruppe, der auch Vertreter des Ortsbeirates Werdervorstadt, der Bürgerinitiative, der Kleingarten- und Wassersportvereine, des Vereins Lokale Agenda 21 sowie von Architektenkammer und IHK angehörten. Dieser aufwändige Weg ist eher untypisch, war aber richtig. Er sollte den unterschiedlichen Gruppierungen die Möglichkeit geben, sich zu den unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich der Entwicklung des Gebietes auszutauschen. Nach den Vorstellungen der Landesentwicklungsgesellschaft soll nun ein offenes, lebendiges Quartier entstehen, zugänglich für Fußgänger und Radfahrer. Die Öffnung der Stadt zum Wasser durch die Schaffung einer öffentlichen Uferzone in einem Gebiet mit 300 Wohneinheiten

gilt als wichtige Errungenschaft in Sachen Stadtentwicklung. Viertes und topaktuelles Thema waren Haushalt und Haushaltskonsolidierung. Henning Foerster erinnerte an ein Gysi-Zitat, nachdem Linke selten gewählt werden, wenn es dem Land gut geht und die Finanzen stimmen, sondern dann, wenn die Kassen leer sind und es wenig zu verteilen gibt. Mit ihrem strukturellen Defizit, übersetzt bedeutet dies ganz einfach, dass die Einnahmen nicht die Ausgaben decken, steht die Landeshauptstadt Schwerin längst nicht allein da. Im Dezember 2010 gab es einen alarmierenden Hilferuf von 170 deutschen Städten, die in ihrer „Berliner Erklärung“ auf ihre katastrophale Lage aufmerksam gemacht haben. Diese ist leider typisch, denn überall sind die gleichen Folgen zu beobachten. Klamme Kommunen müssen unter dem Druck der kommunalen Aufsichtsbehörde immer neue Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger kreieren, steigende Steuern, steigende Gebühren, steigende Abgaben. Dazu kommen ein geradezu explosiver Anstieg der Sozialkosten und der Zwang zu Ausgabenkürzungen, was sich schlussendlich negativ auf die Lebensqualität der Menschen auswirkt. Bundespolitische Entscheidungen haben den Druck dabei erhöht, so hat der Bund seinen Anteil an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft gesenkt. Der Protest der Kommunen, ganz unabhängig von wem sie regiert werden, hat offenbar erste Wirkung gezeigt. So scheint die diskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer als einer der wichtigsten Einnahmequellen für die Städte vom Tisch zu sein.

Henning Foerster machte deutlich, dass im Haushaltsjahr 2011 geplanten Einnahmen von 257,7 Mio Euro, Ausgaben in Höhe von 351,8 Mio EUR gegenüber stehen. Unterm Strich also ein Defizit von 94,1 Mio Euro, welches sich aus einem jahresbezogenen Defizit von ca. 20 Mio Euro sowie den Altfehlbeträgen der vergangenen Jahre zusammensetzt. Den letzten

ausgeglichenen Haushalt hatte die Landeshauptstadt übrigens vor mehr als zehn Jahren, im Jahr 2000. Immer dann, wenn kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann, muss parallel ein mittelfristig angelegtes Sparkonzept aufgesetzt werden, HaKo genannt. Dieses ist parallel mit dem Haushalt zu beraten und zu beschließen. Da es wie schon erwähnt in den letzten Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt mehr gab, wird auch das HaKo von Jahr zu Jahr fortgeschrieben. Zu beiden Themen hatte der Fraktionsvorsitzende Gerd Böttger seit Dezember 2010 mit SPD und Grünen über einen möglichen Kompromiss verhandelt. Dies hat zwischenzeitlich zum Erfolg geführt, der erste rot-rot-grüne Haushalt wurde am 24.01.2011 verabschiedet.

Henning Foerster ging auf die zahlreichen parlamentarischen Initiativen der LINKEn ein. So hatte die Linksfraktion gemeinsam mit SPD und Grünen ein klares Bekenntnis gegen Castortransporte durch unser Land abgegeben. „Atom Müll passt nicht ins Urlaubs- und Gesundheitsland M-V! Schwerin soll strahlen – aber nicht, weil Castortransporte Brennelemente durch Schwerin befördern, sondern als landschaftliches und touristisches Juwel im Norden!“ Die Linke hat die Beteiligung am Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ beantragt, um präventive Maßnahmen zur Förderung von Demokratiebewusstsein zu ergreifen und damit auch einen Beitrag im Kampf gegen Intoleranz, Fremdenhass und Rechtsextremismus zu leisten. Wie nötig das ist, zeigen jüngste Aufrufe der NPD, sich zur Volksbefragung zu melden und die Haushalte potentieller Gegner auszuspionieren.

„Schwerin braucht keine braunen Strukturen, nicht in der Stadt und auch nicht im Landtag. Daher gilt auch 2011 der Aufruf aller DGB Gewerkschaften – wählen ist wie Zähneputzen, tut man's nicht – wird's braun!“ Ferner verwies der stellvertretende Fraktionsvorsitzende auf den durch einen Antrag der Linksfraktion erfolgten Beitritt zum Bündnis Mayors for Peace und auf die aktuelle Initiative der Fraktion zum Thema Bürgerarbeitsplätze.

Sie sind opportunistisch und scheinheilig

Ulrich Maurer in der von Union und FDP beantragten Aktuellen Stunde zum Thema Kommunismus

Meine Damen und Herren! Die Tatsache, dass man etwas salbungsvoll vorträgt, rechtfertigt es nicht, eine Summation falscher Anschuldigungen und Unverschämtheiten an die Partei die Linke zu richten.

(Beifall bei der LINKEN - Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Lächerlich!)

Jeder, der auch nur eines der Dokumente unserer Partei oder der PDS, die es nicht mehr gibt und die in der Partei Die Linke aufgegangen ist,

(Zuruf von der CDU/CSU: Das sind Sie doch!)

gelesen hat, der kann sich nur wünschen - das sage ich Ihnen nach der Debatte von vorgestern -, dass sich die Union von ihrer Zusammenarbeit, ihrem Kollaborieren mit den Nazis in der Adenauer-Ära auf die gleiche Weise distanziert, wie wir das mit der DDR getan haben. (Beifall bei der LINKEN - Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sagen Sie das dem Büroleiter von Frau Löttsch! Wo ist Frau Löttsch?)

So geht es nicht, meine Damen und Herren.

Uns Übergriffe von Extremisten auf andere Menschen auf der Straße in die Schuhe zu schieben, obwohl wir die einzige Partei im Bundestag sind - die einzige leider -, die Gewalt als Politik und Krieg als Mittel der Politik ablehnt - wir haben gerade eine Afghanistan-Debatte geführt -, ist eine besondere Unverschämtheit.

(Beifall bei der LINKEN - Hermann Gröhe (CDU/CSU): Das ist peinlich!)

Ich merke, dass Sie offensichtlich wenig über Kommunismus gelesen haben.

(Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Ja, allerdings! - Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie halten ihn nämlich für eine Erfindung von Marx und Engels. Deswegen will ich Ihnen aus der Apostelgeschichte vorlesen - hören Sie gut zu! -: Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele; auch nicht einer sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären,

sondern es war ihnen alles gemeinsam. Jeder, der einen Acker hatte, verkaufte diesen und brachte den Erlös in die Gemeinschaft ein. Das ist Kommunismus pur, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU.

(Beifall bei der LINKEN - Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Deswegen die Christenverfolgung! - Hermann Gröhe (CDU/CSU): Deswegen haben die Kommunisten die Christen verfolgt!)

Im Übrigen hat dann einer namens Ananias einen Teil des Erlöses beiseitegeschafft.

(Hermann Gröhe (CDU/CSU): Unglaublich!)

- Nein, das sind kommunistische Ideen, von denen Sie sich distanzieren - na klar.

(Beifall bei der LINKEN - Hermann Gröhe (CDU/CSU): Im Kommunismus sind die Christen am schlimmsten von Ihregleichen verfolgt worden!)

Sie müssen das einmal zur Kenntnis nehmen.

Sie würden uns gerne in diese Ecke stellen. Sie machen schließlich Wahlkampf - na klar. (Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

- Sie können schäumen, soviel Sie wollen. Ich sage Ihnen: Meine Partei steht für die Wiedergewinnung von Sozialstaat und Gerechtigkeit. Sie steht für die Wiedergewinnung von Demokratie und die Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik. (Beifall bei der LINKEN)

Alle großen Utopien in der Menschheitsgeschichte sind für die Rechtfertigung von Verbrechen missbraucht worden. Die urchristliche Utopie von Gemeinsamkeit und der Abschaffung von Privateigentum - das habe ich Ihnen gerade vortragen - ist für die Verbrechen Stalins und Pol Pots missbraucht worden. Sie ist an der Berliner Mauer und mit dem Begriff der Diktatur des Proletariats missbraucht worden.

Aber die christliche Idee ist dafür missbraucht worden, dass in Jerusalem im Blut der Muslime gewatet wurde. Sie ist für die Hexenprozesse und die



Folter der Inquisition missbraucht worden.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Immer wieder „missbraucht worden“! Der Missbrauch scheint dem Kommunismus immanent! - Burkhard Lischka (SPD): Jetzt wird es peinlich!)

Die Idee des Kapitalismus hat Millionen von Toten unter der Zivilbevölkerung in Vietnam zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN - Karin Strenz (CDU/CSU): Das ist ja unglaublich!) Zum Schluss sage ich Ihnen eines - zu diesem Bekenntnis können Sie mich bekommen -: Wir sind die einzige Partei, die sich gegen den Finanzmarktkapitalismus erhebt. Dazu stehen wir, und wir sind stolz darauf.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit oder ohne Kommunismus? - Hermann Gröhe (CDU/CSU): Eindrucksvolle Selbstkritik! - Zuruf von der FDP: Wenn Heucheln quiet-schen würde!)

Sie sind prokapitalistische Parteien, die mit der Kommunismusdebatte nur von den eigentlichen Problemen unserer Gesellschaft ablenken wollen. In diesen Tagen werden durch die Spekulanten an den Warenterminals die Getreidepreise und andere Lebensmittelpreise nach oben getrieben.

(Burkhard Lischka (SPD): Jetzt sind wir wieder ganz am Thema vorbei!)

Daran werden in diesem Jahr Millionen von Kindern sterben. Das ist eine elegante Art zu tö-

ten, aber sie ist auch durch und durch verwerflich.

(Beifall bei der LINKEN) Wenn schon Wahrheit, dann die ganze Wahrheit.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Dioxinverantwortliche ist Stasi-Mann gewesen! Unglaublich! Herr Maurer, Sie können uns nicht einmal anschauen! Das gibt es doch überhaupt nicht!)

Sie werden uns nicht in die Kommunismusecke kriegen. Zu der Logik der Geschichte gehört, dass im selben zarten Alter, in dem ich Oberminister war, Ihre Parteivorsitzende FDJ-Funktionärin für Propaganda und Agitation war. Auch das gehört zu dem, was Sie erst einmal aufarbeiten dürfen, statt bei uns die Dinge abzuladen. (Hermann Gröhe (CDU/CSU): Falsch, und das wissen Sie!)

Dass Sie sich das Vermögen der Blockparteien unter den Nagel gerissen haben, müssen Sie aufarbeiten. Sie haben auch verschwiegen, dass Sie mit unseren Stimmen in der Uckermark Ihren Mann zum Landrat gewählt haben. Sie sind opportunistisch und scheinheilig. Deswegen lassen wir uns das nicht bieten.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der LINKEN: Bravo! - Zurufe von der FDP: Nicht zu fassen! - Das Allerletzte!)

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de Die nächste Ausgabe erscheint am 04.03.2011, Redaktionsschluss ist der 25.02.2011.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

MEINUNGEN

Es geht um die Menschen in diesem Land

Die Umfragen in MV zeigen, dass die Linkspartei zur Zeit mit 15% bei Wahlen in MV sehr schwach abschneiden würde. Es scheinen sich wieder einmal Selbstzufriedenheit und Arroganz zu paaren. Mitten in den Vorbereitungen zu einem „Superwahljahr“ haben unsere Landesvorstände und Bundesvorstände nichts anderes zu tun, als über Personalfragen zu diskutieren. Da betont der Eine, dass Genossin Lötsch eine gute Vertreterin ostdeutscher Landesverbände ist und der Genosse Ernst ein schlechter Mensch ist, weil er einen Porsche fährt. Ich möchte fragen: Habt ihr nichts zu tun?

Gibt es in diesem Land keine Probleme? Merkt ihr nicht, wie sich SPD und B90/Die Grünen unserer Themen bemächtigen? Wir, die Linken waren mal das soziale Herz der Menschen, doch die SPD spielt sich als Verteidiger und Retter des Sozialen auf. Die SPD kämpft wie irre für eine Verbesserung von Hartz IV und die Menschen vergessen, dass die SPD Hartz IV erfunden hat. Die SPD hat den Grundlohn auf ihr Banner geheftet, doch durch die Aufstokkung durch das Arbeitsamt erst

für die Verbreitung dieser Hungerlöhne gesorgt. Hier im Lande MV kommt noch hinzu, dass der Ministerpräsident Sellering von der SPD offener die Lebensleistung und die Erfolge der DDR verteidigt als wir. Wir geben an unser einseitigen Kritik an der DDR auch dieses Alleinvertretungsmerkmal auf und die SPD nutzt dieses natürlich aus. Die Grünen schicken während ihrer Regierungszeit deutsche Soldaten in alle Welt und spielen sich jetzt als Antikriegspartei auf. Und was macht die Linke? Sie diskutiert über Personalfragen.

Das interessiert aber die Menschen im Lande nicht! Sie wollen einen Lobbyisten, der sich ihrer Probleme annimmt, die Menschen in unserem Land brauchen einen Vertreter, der endlich die strukturelle Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Zukunftsängste aufgreift. Die Menschen haben uns immer abgenommen, wenn wir ihre Lebensleistung und ihr Leben anerkannten und ihr Lebenswerk als das bezeichneten, was es war. Wir haben die DDR real betrachtet, denn wenn sie nur gut gewesen wäre, wäre sie von den Menschen nicht ab-

geschafft worden. Sie war auch nicht nur schlecht, denn sie war sozial gerecht, hatte ein gerechtes Gesundheitswesen und hat Menschen nicht in die Hoffnungslosigkeit der Arbeitslosigkeit entlassen. Die DDR war das bisher Beste, was das deutsche Volk hervorgebracht hat. Unsere Parteivorsitzenden sind gewählt. Sie haben Mehrheiten bei Wahlen bekommen und wer das nicht anerkennt, hat aus unserer Geschichte nichts gelernt. Das Land und die Partei brauchen keine Selbstdarsteller.

Also Genossinnen und Genossen in den Vorständen, Inhalte aufgreifen, sich um die Menschen kümmern und sonst einfach mal die Schnauze halten!!!

Michael Strähnz

Werte

Die guten Dinge des Lebens sind alle kostenlos:

die Luft, das Wasser,
die Liebe.

Wie machen wir das bloß, das Leben für teuer zu halten, wenn die Hauptsachen kostenlos sind?

Das kommt vom frühen Erkalten.

Wir genossen nur damals als Kind die Luft nach ihrem Werte und Wasser als Lebensgewinn, und Liebe, die unbegehrte, nahmen wir leichtherzig hin.

Nur selten noch atmen wir richtig und atmen die Zeit mit ein, wir leben eilig und wichtig und trinken statt Wasser Wein.

Und aus der Liebe machen wir eine Pflicht und Last.

Und das Leben kommt dem zu teuer, der es zu billig auffasst.

Eva Strittmatter

Programmmentwurf zur Landtagswahl 2011

Am 11. Januar 2011 stellten der Landesvorsitzende Steffen Bockhahn und der designierte Spitzenkandidat Helmut Holtzer den Entwurf des Wahlprogrammes vor. Änderungsvorschläge, Wünsche und Ergänzungen können

bis zum 12. März in der Landesgeschäftsstelle oder per Mail info@die-linke-mv.de abgegeben werden.

Exemplare liegen in der Kreisgeschäftsstelle bereit oder im Internet unter www.originalsozial.de

Sehr geehrte Genossin Martina Bunge,

in unserer Basisorganisation haben wir mehrmals die Bemühungen der Bundestagsfraktion zur Herstellung der Rentengerechtigkeit Ost/West behandelt und begrüßt. Im hiesigen offenen Blatt Schwerin haben wir unter anderem die Überzeugung verbreitet: „DIE LINKE steht an der Seite der Rentner.“ Aus dem ND vom 03.12.2010 ist uns zur Kenntnis gelangt, dass eine weitere Gedächtnisstütze zu den 19 Anträgen im Bundestag gemacht wurde, um Überführungslücken und Rentennachteile zu beseitigen.

Die Resonanz von den Abgeordneten der CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne ist bezeichnend, dass viele Rentner der neuen Bundesländer ihre Rentenstrafe oder Nachteile mit ins Grab nehmen und auf ewig bestohlen bleiben.

Dennoch finden wir es richtig, dass die LINKE nicht ermüdet und sich immer wieder für Wahrheit und Gerechtigkeit einsetzt, weil die Praxis der Regierenden dem Grundgesetz, dem Einigungsvertrag, der Wertneutralität des Rentenrechts und der Menschenrechte widerspricht.

Unser Dank geht insbesondere an Dich, Genossin Dr. Bunge, weil wir einen mutigen Einsatz für uns verspüren. Wir sehen es als unsere Pflicht, im Kreise unserer Mitglieder, Freunde, Verwandten und Bekannten die nachteilig Betroffenen wachzurütteln, um bei Wahlen u.a. die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Wir wünschen Dir abschließend Gesundheit, Kraft und Mut für das Jahr 2011, verbunden mit Kampferfolgen.

Es grüßen die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 106

Bund, Land und Stadt sorgen für Kultur

Traditionell ist der vorweihnachtliche Kaffeeklatsch eine Gemeinschaftsaktion.

Dietmar Bartsch, Helmut Holter und Angelika Gramkow laden gemeinsam ein, um auf der einen Seite Danke zu sagen und um auf der anderen Seite auch mal wieder in geselliger Runde über das Leben zu sprechen. Als Gast war die Schriftstellerin Jutta Schlott eingeladen, die seit einigen Jahren wieder in Schwerin lebt. Frau Schlott wurde 1944 in Kolberg geboren und studierte später an der Pädagogischen Hochschule in Güstrow Slawistik und Germanistik. Bis 1972 arbeitete sie als Lehrerin, danach war sie als Journalistin beim Sender Schwerin und bei verschiedenen Zeitungen tätig. Nach ihrer Anstellung als Pressereferentin und Dramaturgin am Schweriner Staatstheater ging sie 1979 in die Freiberuflichkeit. Nach einem zehnjährigen Abstecher nach Cottbus -sie war ihrem Mann, dem Schauspieler Horst Rehberg, und dem Regisseur Christoph Schroth gefolgt- lebt sie wieder in Schwerin.

Zu DDR-Zeiten war Jutta Schlott besonders für ihre Kinder- und Jugendbücher bekannt. Sie schrieb aber auch Erzählungen, Biografien, Hörspiele und Reportagen. Im Jahr 2000 veröffentlichte sie „Ich sah etwas, was du nicht siehst -Erinnerungen aus Ostdeutschland“.



Jutta Schlott

16 Biografien verschiedenartiger Menschen aus der DDR, Menschen unterschiedlicher Generationen und unterschiedlicher Herkunft. Ein wirklich lesenswertes Buch. Gelesen hat Frau Schlott aus dem 2009 veröffentlichten Buch

„Spaniens Himmel- Ein Reisetagebuch auf den Spuren Picassos“. Im März 2004 reist sie nach Spanien, um zu erfahren, ob der berühmte Maler Spanier geblieben oder Franzose geworden ist. Oder Weltbürger vielleicht. Sie schreibt über Begegnungen mit Menschen, Museen, Stierkämpfen und Klimakapriolen. Interessant ist auch ihrer Reise mit der spanischen Eisenbahn. Die sehr persönlichen Aufzeichnungen dokumentieren auch die aktuelle Situation im Land. Als weiteren Gast mitgebracht hatte die Schriftstellerin den Schauspieler Horst Rehberg, der 1937 in Schwerin geboren wurde. Er begann seine Laufbahn als Statist in Shakespeares „König Lear“ in unserem Theater, wo er 2005 in der Hauptrolle glänzte. International bekannt wurde er in der Rolle des Ehemannes von Ursula Werner in dem Film „Wolke 9“ von Andreas Dresen. Dieser Film erhielt 2008 große Anerkennung in Cannes.

Marleen Janew

**Nächster
Kaffeeklatsch
11.März 2011**

Bei Karl und Rosa in Berlin

Am 09. Januar fuhren 12 Schwerinerinnen und Schweriner mit dem Zug nach Berlin zur Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde. Einige von uns nahmen auch am traditionellen Demonstrationzug vom Frankfurter Tor zur Gedenkstätte teil. Infostände und Gespräche zeigen uns immer wieder wie bunt und plural, aber auch wie zersplittert und uneins die deutsche Linke ist. Wie sehr auch jeder das Vermächtnis von Karl und Rosa für sich in Anspruch nimmt – Antikapitalismus und Frieden sind das Verbindende aller Teilnehmer in Berlin-Friedrichsfelde. Einen Tag später wurden den Schweriner Demonstrantinnen



Gedenkstein auf dem Ehrenfriedhof

und Demonstranten sowie weiteren Gästen der Film „Rosa Luxemburg und die Freiheit“ aus der Filmreihe „Die Deutschen“ in der Projektwerkstatt „Buntes Q“ aufgeführt. Daran schloss sich eine leidenschaftliche Diskussion an. „Unsere Aktion macht Mut“, so Kerstin Voigt von der osteuropäischen Freundschaftsgesellschaft. Im kommenden Jahr

wollen wir mehr werden und für die nächste LL-Demo einen Bus zur Verfügung stellen.

**Im Namen der Teilnehmer
Torsten Müller**

Mit großer Betroffenheit und Trauer hat uns die Nachricht vom Tod unseres Genossen Erwin Meyer erreicht. Wir werden uns die Erinnerung an einen guten Freund stets bewahren.
Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 308

Herzliche Glückwünsche

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 308 gratulieren ihren Genossen Werner Schlechtendahl nachträglich zum 87. und Genossen Heinz Bendig, ebenfalls nachträglich zum 90. Geburtstag.

Die Stadtteilorganisation Krebsförden gratuliert recht herzlich ihrem Genossen Klaus-Dieter Neugebauer zu seinem 62. Geburtstag, den er am 21. Februar begeht. Am 01. Februar feierte Genosse Hans Koch seinen 76. Geburtstag.

Die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 321 gratulieren und wünschen alles Gute. Nachträglich die besten Wünsche zum Geburtstag erhalten von den Genossinnen und Genossen ihrer Basisorganisation Genossin Charlotte Sernau zum 81. und Genosse Dieter Mösch zum 85. Geburtstag.

Die BO 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Heinz Schmidt zum 62. und dem Genossen Peter Brill zum 44. Geburtstag, den sie am 29.12. begangen haben. Am 02.01. beging der Genosse Wolfgang Heinrich seinen 75. Geburtstag. Auch ihm wünscht die BO 605 alles Gute. Am 05.02. begeht die Genossin Evelyn Göbel ihren 76. und am 09.02. die Genossin Ursula Schlegel ihren 84. Geburtstag. Sie erhalten dazu von ihrer Basisorganisation die besten Wünsche.

Die BO Friedrichsthal gratuliert der Genossin Julia Romanski zum 55. Geburtstag, der am 10.02. stattfindet.

Der Kreisparteitag - eine zeitpolitische Einordnung

Eine bewegte Zeit ist der Jahresanfang 2011 zweifelsohne. Er ist der Einstieg in ein so genanntes Superwahljahr; Landtagswahlen nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Auch in Hamburg, das den Reigen schon im Februar eröffnen wird, gefolgt von Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März. Bremen im Mai und zum Abschluss, zwei Wochen nach der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, wählt die Bundeshauptstadt. Nein, leicht sind Wahlkämpfe für die PDS und DIE LINKE. nie gewesen. Ganz gewiss werden sie es auch in diesem Jahr nicht. Allein die zeitliche Reihenfolge macht auch die politische Bedeutung klar. Hamburg als klassische Arbeiterstadt, auch sie unterliegt einem stetigem Wandel, bietet linkes Wählerpotential. Der Höhenflug der Hamburger CDU hat ein Ende gefunden und die Frage bleibt, ob DIE LINKE. in Hamburg aus dieser Wechselstimmung profitiert. Ein Wiedereinzug in die Bürgerschaft wäre ein wichtiges Signal für die weiteren Wahlkämpfe. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz fehlt bisher in den Landtagen eine LINKE Fraktion. Eine erfolgreiche Wahl in Hamburg wäre eine sehr gute Weichenstellung hierfür. Natürlich wollen wir in Mecklen-

burg-Vorpommern einen Regierungswechsel herbeiführen, die erfolgreiche Arbeit der roten Koalition wieder aufnehmen. Die Berliner, dies machte Dietmar Bartsch in seinem Redebeitrag deutlich, wünschen sich sehr, dass wir es schaffen und erhoffen sich so ein Signal für ihre Wahl zum Abgeordnetenhaus.

Das alles ist legitim, nur was sagen die Umfragewerte, fragen viele Parteimitglieder zurzeit. Viele antworten darauf mit Recht: „Umfragen sind keine Wahlen!“ Gerade für Umfragen in Mecklenburg-Vorpommern gilt tatsächlich, dass die Umfragewerte unsicher sind. Differenzen zwischen Umfragen kurz vor der Wahl und der Wahl selbst von einigen Prozentpunkten sind hier bei den großen Parteien keine Seltenheit. 1998 ermittelte Infratest Dimap einen Monat vor der Landtagswahl für unsere Partei 20%. Am Wahltag waren es 24,4%. 2006 war es zehn Tage vor der Landtagswahl 20% und das Ergebnis leider nur 16,8%. Andere Parteien erlebten Ähnliches. Es scheint in Mecklenburg-Vorpommern für die Wahlforscher schwer zu sein, sichere Trends zu ermitteln. Die Sache mit den Wahlumfragen sollten wir also nicht zu ernst nehmen. Allerdings ein Weckruf sind sie schon. „Um uns selber müs-

sen wir uns selber kümmern und heraus gegen uns, wer sich traut!“ – so hieß es doch früher mal in einem Lied.

Real stehen politisch die Zeichen doch gut für uns. Medial konnte nicht verschwiegen werden, dass sich die Linksfraktion im Bundestag erst in den Vermittlungsausschuss zum Thema Hartz IV einklagen musste. Die Position der LINKEN hätte unser politischer Gegner nicht besser deutlich machen können. Oder sehen wir nur die Diskussionen der großen Koalition über die Einführung einer Schuldenbremse auf Landesebene. Eine Diskussion, die so überflüssig ist wie nichts, wenn man nur die entsprechende Grundgesetzesklausel auf das Land runter brechen will. Jedes Kind lernt in der Schule: Bundesrecht bricht Landesrecht. Damit kann man sich die Mühe einer Verfassungsänderung sparen. DIE LINKE. jedenfalls kann mit dieser Debatte sowieso nicht gemeint sein. Wir waren in der Regierung, als das Land den ersten Haushalt ohne Neuverschuldung beschlossen hat. Natürlich ärgert die Menschen hier im Lande zu recht, dass der radioaktive Müll hier gelagert werden soll. Gehen wir mit auf die Straße und zeigen wir Montags ab 17.00 Uhr bei den Mahnwachen auf dem Hauptbahnhof, wo wir ste-

hen. Und natürlich ärgert es die Betroffenen, dass in Schwerin die Bürgerarbeitsplätze (bei aller Differenziertheit des Problems freuen sich die Betroffenen über die Arbeit, denn sie sind nicht mehr zum Zu-Hause-sitzen verdonnert) nun in ihrer Dauer von drei auf ein Jahr reduziert werden soll. Eine entsprechende Initiative in der Stadtvertretung, die dies verhindern soll, kommt von unserer Fraktion.

Ich denke, wir haben ein erfolgreiches Wahljahr vor uns. Allerdings können wir selbst dies auch verhindern. Noch mehr Selbstbeschäftigung in Zeiten größter sozialer Ungerechtigkeiten verträgt unsere Partei und unsere Gesellschaft wahrlich nicht. Die gemeinsame Erklärung des geschäftsführenden Bundesvorstandes und der Landesvorsitzenden gibt Aussicht auf ein Ende der Selbstbeschäftigung.

Mit der Wahl von Martina Simon und Helmut Holter als Direktkandidaten in unserem Wahlkreis hat der Kreisparteitag eine sehr gute Wahl getroffen. Wir haben mit den Beiden beste Chancen, in unserer Stadt einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen. Gehen wir es an: optimistisch, kämpferisch und mit viel Selbstbewusstsein.

Peter Brill

Dialog - der Zweite

Am 19. März um 16.00 Uhr führt die VVN/BdA die zweite Veranstaltung im Rahmen der Dialogreihe durch. Die Veranstaltung findet im Bunten Q in der Lübecker Straße 180 statt.

Zu dieser Veranstaltung haben wir und Dr. Peter Kroh aus Neubrandenburg eingeladen. Dr. Kroh hat ein Buch über den Journalisten und Politiker Jan Skala geschrieben. Dr. Kroh stellt uns das Buch „Nationalistische Macht und nationale Minderheiten“ vor. Dazu schrieb Jan Osmanczyk auf dem Buchumschlag folgendes:

„Mit vorliegendem Band wird eine der bedeutendsten sorbischen Persönlichkeiten in der Zwischenkriegszeit – Jan Ska-

la vorgestellt und damit eine Lücke in der sorbisch-deutschen Geschichtsschreibung geschlossen. Er war nicht nur Journalist und Chefredakteur der „Kulturwehr“, sondern auch Politiker und Staatsmann, der die Interessen der Minderheiten in Deutschland konsequent vertrat. Beispielgebend sind nicht nur seine Auseinandersetzungen mit deutschen Chauvinisten und Faschisten, sondern auch mit Renegaten und Kleinmütigen unter den Sorben. Der Autor, Enkel Jan Skalas, fragt nach Denkanstößen aus Skalas Wirken für die Gegenwart des 21. Jahrhunderts. Ähnlichkeiten zwischen der Weltwirtschaftskrise nach 1929

und aktuellen politischen Entwicklungen hält er nicht für Zufälle. Deswegen ermöglichen viele Details des politischen Porträts eines deutschen Staatsbürgers sorbischer Nationalität auch, allgemeine Fragen zu stellen.

Dazu zählt insbesondere die nach dem Verhältnis von Macht und Minderheiten, also nach einem wesentlichen Teil der politischen Kultur einer Gesellschaft.

Darüber hinaus kann der Leser sich fragen, ob Überwachung der Bürger eine deutsche Tradition der Lenkung des Staates ist; ob Atheisten und Christen eher Gegner oder doch Partner beim Ringen um Gerechtigkeit

sein können und ob Verfassungsgrundsätze Normen individuellen Handelns sein können.

„Er war ein sehr kluger Mann, er hat immer wirkungsvoll die nazistische Politik gegenüber den nationalen Minderheiten entlarvt ... mit kurzen, inhaltsreichen Kommentaren alle Reden der Nazis als kämpferischer Journalist analysiert. Die Nazis wussten das und deshalb verfolgten sie ihn.“

Im Anschluss gibt es die Möglichkeit das Buch für 20 Euro zu erwerben.

Michael Strähnz
VVN/BdA Westmecklenburg-Schwerin

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus



Während eines Konzertes im Konservatorium Schwerin mit verfehmter Musik: Landesrabbiner W. Wolf, Fraktionsvorsitzender der LINKEN H. Holter, Direktor des Konservatoriums V. Ahmels und die Zeitzeugin Ester Bauer (v.l.n.r.)

Wir erinnern am internationalen Holocaust-Gedenktag an die unzähligen Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes. Er ist uns aber auch Mahnung für die Zukunft, dass wir uns allen Formen von Gewalt, Terror und Willkür entgegenstellen müssen. Der Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz sollte uns immer daran erinnern, dass wir für eine freie, demokratische und menschliche Gesellschaft streiten müssen. Für eine Gesellschaft, in der Unterdrückung und Rassismus

keinen Platz haben dürfen. Wir haben deshalb auch die Verantwortung und die Pflicht, uns gegen Rechtsextremismus zu engagieren – alle Demokratinnen und Demokraten. Jeder und jede an seinem und ihrem Platz in dieser Gesellschaft muss mit dafür Sorge tragen, dass rechts-extremistisches Gedankengut, intolerantes, demokratiefeindliches, rassistisches Denken und Handeln verschwindet – aus den Parlamenten, von den Straßen und Plätzen und vor allem aus den Köpfen.

Helmut Holter



Der Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE, Helmut Holter, überreicht dem Landesverband Jeunesses Musicales M-V eine Spende in Höhe von 750,- Euro.



Der ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat 2004 den ersten Atommülltransport nach Mecklenburg-Vorpommern angeordnet. Sigmar Gabriel (SPD) und Norbert Röttgen (CDU) haben diese Transporte fortgesetzt. DIE LINKE hat

immer gegen das Abladen von Atommüll in Mecklenburg-Vorpommern gekämpft.

Nun soll die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager Nord verlängert und dauerhaft Atommüll bei uns deponiert werden.

**Dagegen protestieren wir
am 12. Februar ab 14 Uhr
auf dem Markt in Greifswald.
Mach mit!**

Kein atomares Endlager in M-V

Der Geschäftsführer der Energiewerke Nord (EWN), Henry Cordes, will einen Antrag an das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern für eine unbefristete Pufferlagerung von fremdem Atommüll im Zwischenlager Nord (ZLN) stellen. DIE LINKE hatte davor gewarnt, dass sich das Zwischenlager bei Lubmin schleichend zu einem atomaren Endlager entwickeln könnte. Sollte die Landesregierung nun den Antrag der EWN genehmigen, wird die Gefahr eines dauerhaften Atomklos in M-V bittere Realität. Soweit darf es nicht kommen! DIE LINKE. M-V appelliert an die Landesregierung, diesen Antrag auf keinen Fall zu genehmigen.

Ministerpräsident Selling hatte sich wiederholt gegen die Atompolitik der Bundesregierung und ihr Verhalten bezüglich des ZLN ausgesprochen und diese Meinung auch bei der Anti-Castor-Demonstration am 11.12.2010 in Greifswald zum Ausdruck gebracht. Jetzt ist es an der Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen und den EWN eine klare Absage für ihr Vorhaben zu erteilen. DIE LINKE wird sich auch weiterhin gegen ein atomares Endlager in M-V starkmachen und sich an den kommenden Protesten im Februar beteiligen.

**Steffen Bockhahn,
Landesvorsitzender der
LINKEN in M-V**